

Astrid  
Zimmermann

Welt in Bewegung

Mocks Euphorie für die EG hat auch eine gute Seite. Weil Österreich gemessen an den durchschnittlichen Leistungen der EG-Länder mit seiner Entwicklungshilfe kläglich hinterher hinkt, tritt nun auch der Außenminister für eine höhere Dotierung ein. Rund 2 bis 3 Milliarden müßte Österreich mehr für die Dritte Welt aufbringen, um nur an den Durchschnitt der OECD-Länder heranzukommen, geschweige denn an das geforderte Limit von 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts. Doch in dieser Situation bleibt der Europapolitiker

### Mockrige Politik

aus Euratsfeld ganz bescheiden. Wieviel mehr Entwicklungshilfe er denn fordere? 200 bis 400 Millionen, das sind immer noch 100 Millionen weniger, als Dritt-Welt-Länder jedes Jahr wieder an Österreich zurückzahlen.

Gespart werden soll dafür künftig bei der Informationsarbeit. Wenn ohnehin schon 77 Prozent der Österreicher positiv zur Entwicklungshilfe eingestellt sind, braucht's ja — laut Mock — nicht mehr eine so intensive Öffentlichkeitsarbeit. Und diese kritischen Gruppen berichten ja ohnehin lieber über Südkorea und die Philippinen, statt das österreichische Landwirtschaftsunterstützungsprojekt in Ruanda in allen Einzelheiten vorzustellen. Da schlägt der kluge Politiker zwei Fliegen auf einen Schlag: Spart Geld und diszipliniert ungeliebte Dritt-Welt-Aktivist.

Neue Schwerpunkte will er setzen. Wo? Nach einer längeren Pause fällt Mock Mozambique ein. Schwerpunkt Frauen? Ja, da sei bislang viel zuwenig geschehen. Mocks Taten sprechen jedoch eine andere Sprache. Gelder, die für Mozambique bestimmt waren, sind ins „Schwellenland“ Marokko umgeleitet worden. Projekte der Frauensolidarität wurden glatt abgelehnt, weil Frauen kein Schwerpunkt österreichischer Entwicklungspolitik seien.

Die österreichische Entwicklungshilfe-Politik bleibt mickrig. Mockrig.

## Mock zieht nach: Mehr Geld für die Entwicklungshilfe

Wien (zim). Nach den Appellen der Entwicklungshilfeorganisationen und der SPÖ hat sich nun auch Außenminister Mock für höhere und direktere Entwicklungshilfe ausgesprochen. Für Öffentlichkeitsarbeit will Mock jedoch entschieden weniger ausgeben, wie er Montag auf einer Pressekonferenz zur Vorstellung seines Zehnpunkteprogramms für einen „Neubeginn der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“ darlegte.

Mit insgesamt 1,2 Milliarden Schilling Entwicklungshilfe, das sind nicht einmal 0,17 Prozent des Bruttonationalprodukts, liegt Österreich derzeit an letzter Stelle aller Industrieländer. Im kommenden Jahr wünscht sich Mock deshalb mindestens 200 bis 400 Millionen mehr (das ist weniger, als Dritte-Welt-Länder jährlich an Österreich zurückzahlen). Möglichst viel davon soll direkt — nicht auf Umwegen über internationale Organisationen wie die Weltbank — an jene gelangen, die es am dringendsten benötigen.

Weniger Geld will Mock künftig für die Öffentlichkeitsarbeit aufwenden. Derzeit gibt Österreich rund 1,4 Prozent der Entwicklungshilfemittel dafür aus. Belgien oder die Schweiz liegen laut Mock deutlich darunter. Mock will diese Mittel nun um mehr als die Hälfte kürzen.

Betroffen davon wird vorwiegend eine Organisation sein, deren einzige Aufgabe die Informations- und

Bildungsarbeit ist und die es in den genannten anderen Ländern gar nicht gibt: der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE). Zudem will Mock der Öffentlichkeitsarbeit auch inhaltliche Zügel anlegen. Künftig soll ausschließlich über Projekte, die von österreichischer Seite unterstützt werden, berichtet werden.

Ähnlich wie in den SPÖ-Vorschlägen soll das Entwicklungshilfemanagement verbessert und die Entwicklungshilfe längerfristig auf einige regionale Schwerpunkte konzentriert werden, beispielsweise die Länder der Sahelzone oder Bangladesch, meinte der Außenminister.

Bevorzugt sollen jene Länder werden, in denen der soziale Fortschritt und die Demokratie gestärkt würden. Besonderes Anliegen bleiben auch die Schwellenländer, denen Mock bessere Absatzmöglichkeiten in Österreich verschaffen will.

## 250.000 Menschen demonstrieren für Freilassung Nelson Mandelas

Johannesburg (dpa). Mehr als 250.000 Menschen folgten dem Aufruf der britischen Anti-Apartheid-Bewegung. Mit diesem machtvollen Massenprotest forderten die Demonstranten im Londoner Hyde Park die Freilassung des südafrikanischen Bürgerrechtlers Nelson Mandela. Friedensnobelpreisträger Tutu betonte, daß Mandela für Frieden und Freiheit in Südafrika unerlässlich sei.

Die Flut von internationalen Petitionen und Geburtstagswünschen für den seit 1964 inhaftierten Mandela zeigt sogar in der „weißen“ Presse Südafrikas Reaktionen. Die Zeitung „Beeld“, sonst ganz auf der Linie der Regierung in Pretoria, überrascht mit einem Leitartikel „Freiheit für Mandela“. Das Blatt spricht sich vehement für seine Freilassung aus, „denn ein günstigerer Tag dafür wird nie kommen“.

Die größte Schwarzen-Zeitung „Sowetan“ kritisierte das „ungläubli-



Bischof Tutu im Hyde Park: „Die Welt braucht Nelson Mandela“

che Ungeschick“ der Regierung wegen des Verbots aller Geburtstagsfeiern für den ANC-Funktionär. „Es geht ein Gestank von diesem Land aus“, schreibt „Sowetan“.

Weitere Appelle zur Befreiung des Bürgerrechtlers kamen von den Außenministern der EG, vom französischen Staatspräsidenten Mitterrand

und Bundeskanzler Schmidt. Der Bundeskanzler bezeichnete Mandela als „lebendes Symbol des Apartheidregimes“. Der südafrikanische Richter selbst besuchte die Demonstranten nur zu Besuchen von seinen „Privilegien“ an

## Teheran

Im blutigen Golfnet sich eine Entwicklung ab. raschend stimmt einem Waffenstillstand zu. Teheran bereit, der UNO-R über einen solchen Stand zuzustimmen. die Konfrontation jetzt weit über ein Leben geklärt liegt erstmals nahe.

Die Entscheidung über die Sicherheit der Lage der Gerechtigkeit hieß es in einer Mitteilung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA. In der Botschaft des Generalsekretärs wurde unterstrichen, daß die iranische Regierung darum bemüht ist, ein schnelles Ende des Golfkrieges zu erreichen. Außerdem wird die Friedensbemühungen von Cuellars um eine Lösung des Konflikts.

In einem Appell an die Bevölkerung betonte der Streikführer, daß die Front auch nach der Annahme der Resolution weiter bestehen wird. Die Reorganisation der Front wird nicht aufgegeben.